

Die Antragsformulare und die Hinweise finden sie auch im Internet unter
http://www.saarland.de/SID-DFB87848-9A061506/wald_forstwirtschaft.htm

Inhaltsverzeichnis		<u>Seite</u>
1.	Allgemeine Angaben	1
1.1	Stammdaten (Allgemeine Angaben)	1
1.2	Anschriften	1
1.3	Bankverbindung	1
	<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>2</u>
1.4	Angaben zur Rechts- und Betriebsform	3
1.5	Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter oder Insolvenzverwalter)..	3
1.6	Verzeichnis der GbR-Gesellschafter bzw. der Gesellschafter, die Anteile am Unternehmen halten	4
2.	Vorhaben	5
2.1	Standort des Vorhabens	5
2.2	Angaben zum Vorhaben	6
3.	Finanzierungsplan	7
3.1	Zuwendungsherleitung und Projektbeschreibung	7
3.2	Detaillierte Projektbeschreibung zu 3.1	7
3.3	Gesamtfinanzierungsplan	8
4.	Begründung	8
4.1	Notwendigkeit des Vorhabens	8
4.2	Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung	8
4.3	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen	8
4.4	Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)	9
5.	Beizufügende Anlagen/Information	10
6.	Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften sowie zur Datenverarbeitung	11
6.1	Erklärung zur Datenverarbeitung (Seite 12 unterschreiben)	11
6.2	Allgemeines	13
6.3	Allgemeine Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin	13
6.4	Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)	15
6.5	Hinweise zur Transparenz von EU-Agrarbeihilfen	15
6.6	Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Mitfinanzierung	17
7.	Unterschrift	17
	<u>Anlagen</u>	
	Erklärung der Hausbank (ab einem Investitionsvolumen über 50.000 €)	
	Erklärung der/des Forstbetriebsgemeinschaftsmitglied(er)/es	
	Einzelklärung der Gesellschafter	
	Erklärung für MwSt-Förderung	

1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform (Beantragung / Überprüfung der INVEKOS-Nummer)	
Rechtsform: (unverbindliche Auswahl)	Betriebsform:
Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft nat. EU	01. Marktfruchtunternehmen (pflanzlich) <input type="checkbox"/>
Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft nat. EU	02. Futterbauunternehmen <input type="checkbox"/>
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) nat. GBR	03. Veredlungsunternehmen (Tiere) <input type="checkbox"/>
Kommanditgesellschaft (KG) nat. KG	04. Dauerkulturunternehmen <input type="checkbox"/>
Offene Handelsgesellschaft (OHG) nat. OHG	05. Gemischtunternehmen (pflanzl./ tierisch) <input type="checkbox"/>
Eingetragene Genossenschaft (e.G.) jur. EG	06. Gemüsebauunternehmen <input type="checkbox"/>
Gesellschaft mit beschr. Haftung (GmbH) jur. GM	07. Zierpflanzenunternehmen <input type="checkbox"/>
GmbH & Co. KG nat. GMC	08. Baumschule <input type="checkbox"/>
Aktiengesellschaft (AG) jur. AG	09. Gartenbauliches Gemischtunternehmen <input type="checkbox"/>
Körperschaft des öffentlichen Rechts jur. KOR	10. Forstwirtschaftliches Unternehmen <input type="checkbox"/>
Sonstige juristische Person jur. SJP	11. Land-/ Forstwirtschaftl. Lohnunternehmen <input type="checkbox"/>
Kirche/Religiöse Einrichtung jur. KIR	12. Schäfer/in <input type="checkbox"/>
Sonstige natürliche Person nat. SNP	14. Weinbaubetrieb <input type="checkbox"/>
Öffentlich-rechtliche Stiftung jur. SOR	15. Geflügelhaltungsbetrieb <input type="checkbox"/>
Natürliche Privatperson ohne landw. Erwerb nat. NPO	16. Fischerei <input type="checkbox"/>
Eingetragener Verein jur. EV	13. Sonstige <input type="checkbox"/>
Nichtrechtsfähiger / nichteingetragener Verein NV	
Privatrechtliche Stiftung jur. SPR	
Anstalt des öffentlichen Rechts jur. AOR	ökologische Bewirtschaftung <input type="checkbox"/>
Kirchen des öffentlichen Rechts jur. KIO	
Eheleute nat. EHE	weitere Rechtsformen: (s.u.g. Link:)
Eheähnliche Gemeinschaft nat. EHX	
Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) nat. UHG	
UG (haftungsbeschränkt) & CO KG nat. UGB	
Wirtschaftlicher Verein jur. WV	

1.5 Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter, Insolvenzverwalter)	
Achtung: Eine Eintragung an dieser Stelle bewirkt, dass jeglicher Schriftverkehr zu Ihren Anträgen ausschließlich über diesen Vertretungsbefugten geführt wird!	
(Vollmacht ist beizufügen gemäß Seite 10 Punkt 5.7 + 5.8)	
<input type="text"/>	
Name, Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung	
<input type="text"/>	
ggf. noch Unternehmensbezeichnung	
Postanschrift	Kommunikationsverbindungen
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)	* Tel.Nr. (mit Vorwahl) * Fax-Nr. (mit Vorwahl)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Postleitzahl Ort	*ggf. Mobil-TelefonNr.
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ortsteil	*ggf. e-mail-Adresse

Bei GBR, KG, OHG, EHE, EXE und jurist. Personen ist zusätzlich die Nr. 1.6 (Seite 4) auszufüllen.

*freiwillige Angabe, bei möglichen Unstimmigkeiten oder Nachfragen erleichtern Sie uns die Bearbeitung des Vorgangs

http://www.hi-tier.de/entwicklung/Konzept/_asp/dd00009.asp?cboAnzeigeCodeset=RASSE

Link aufrufen und dann aus dem Aufklappenmenü "RE_FRM Rechtsform des Betriebes" auswählen

1.6 Verzeichnis der GbR-Gesellschafter bzw. der Gesellschafter, die Anteile am Unternehmen halten; der Mitglieder von Erbengemeinschaften; (Ehe-)Partner bzw. eheähnl. Gemeinschaft* und andere juristische Personen*								
Lfd. Nr.	Name	Vorname	geb. am	Straße/Hausnummer	PLZ	Ort	Anteil in %	ggf. INVEKOS/AST-Nr. der / des beteiligten Gesellschafter
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								

Lfd. Nr.	Befugnis zur Geschäftsführung laut Vertrag [nur für GbR]		Bestätigung der Befugnis zur Geschäftsführung [nur für GbR]	
	Name, Vorname	Unterschrift	Name, Vorname	Unterschrift
9	10	11	12	13
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				

* Nichtzutreffendes streichen, ggf. weitere Blätter hinzufügen

2. Vorhaben													
<input type="checkbox"/> Lichtwaldstrukturen			<input type="checkbox"/> Biotopbäume			<input type="checkbox"/> Waldlebensräume			<input type="checkbox"/> Biotope				
2.1 Standort des Vorhabens:						ggf. Übertrag:							
Projekt-Nr.	a)	Landkreis	Gemeinde	Gemarkung			Flur	Flurstück Zähler/Nenner		Fläche des Flurstücks lt. Kataster ha ¹⁾	Fläche beantragt ha ¹⁾	Name, Vorname des Eigentümers	
	b)	Kommunal-/ Privatwald	Revier	Wald- gebiet ***	Abteilung	Unter- abteilung	Be- stand	X	Eigentumsform (Auswahlbox) E = Eigentum P = Pacht N = Nießbrauch				
1	a)												
	b)												
2	a)												
	b)												
3	a)												
	b)												
4	a)												
	b)												
5	a)												
	b)												
6	a)												
	b)												
7	a)												
	b)												
8	a)												
	b)												
Flächensumme oder ggf. Übertrag:													
Durchführungszeitraum des Gesamtvorhabens (Monat/Jahr) von - bis:													
Antrag auf vorzeitigen Vorhabensbeginn:			<input type="checkbox"/> ja			wenn ja, Beginn (Datum):							

*** falls Örtlichkeit dadurch besser bestimmt werden kann (z.B. Gewinnbezeichnung o.ä.)

1) Angaben mit 4 Stellen nach dem Komma

Für unterschiedliche Vorhaben / Maßnahmen bitte ein "Vorhaben"-Blatt je Maßnahmengruppe vorlegen

2.2 Angaben zum Vorhaben				
Projekt-Nr. (Sp. 1 auf Seite 5)				
	auf Projekt bezogene Größe in ha:			
Schutzstatus der Fläche gem. den Auswahlkriterien der Förderrichtlinie (und Angabe der Punktezahl)				
Angaben zur erwarteten Naturschutzrechtlichen Bewertung der Vorhabensqualität gem. den Auswahlkriterien der Förderrichtlinie (und Angabe der Punktezahl)				
Umfassende Beschreibung des Vorhabens (Achtung: Mindestpunktzahl von 16 Punkten erreicht?)				

Eventuell vorhandene Gutachten, Managementpläne etc. als Anlage beifügen

3. Finanzierungsplan

3.1 Zuwendungsherleitung und Projektbeschreibung

(Diese Seite kann je Vorhaben und Projekt nur einmal verwendet werden!)

Projekt-Nr.	Richtlinien Nr.	Vorhaben

Einzelv. Nr.	Einzelvorhaben (bezogen auf das oben stehende Vorhaben) <input type="checkbox"/>	Kosten			Menge	ME (T-Stück, ha usw.)	Summe in €	Durchführung bis:
		Netto ¹⁾ / Eigenleistung ³⁾	Brutto ²⁾	EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> N	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> EI				

1) bei Vorsteuerabzug Festbetrag Netto
 2) bei Nichtberechtigung zum Vorsteuerabzug Festbetrag Brutto
 3) bei Eigenleistung der Festbetrag Eigenleistung des Einzelvorhabens

Summe

zu beantragende Zuwendung bezogen auf das Vorhaben

Bei Angebotseinholung darf die Zuwendung nicht höher sein als die förderfähigen Ausgaben.

3.2. Detaillierte Projektbeschreibung zu

3.1

ggf. separate Blätter beifügen

3.3 Gesamtfinanzierungsplan			
<u>BAGATELLGRENZE</u> <u>1.000 EURO</u>		Zeitpunkt der vorraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)	
		Jahr 20 <input type="text"/>	Jahr 20 <input type="text"/>
		in Euro	
1	2	3	4
3.3.1	Gesamtkosten (bei bereits vorliegendem Angebot)		
3.3.2	Eigenanteil (bei bereits vorliegendem Angebot)		
3.3.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)		
3.3.4	Förderung durch andere Stellen		
3.3.5	beantragte Zuwendung (Summe/n Seite 7)		

4. Begründung (falls Blatt nicht ausreicht, weitere Unterlagen beifügen)
<p>4.1 Notwendigkeit des Vorhabens (u.a. Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Vorhaben, Vorhaben desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)</p>

<p>4.2 Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an dem Vorhaben, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)</p>

<p>4.3 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen (Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers, Angaben des vorgesehenen Vergabeverfahrens usw.) Landesinteresse an dem Vorhaben, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)</p>

4.4 Indikatoren		
Indikatorenbezeichnung		
Allgemein (Pflichtangaben)		
Waldbesitzer - privat		ja/nein
Waldbesitzer - öffentlich		ja/nein
Waldbesitzer - forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse		ja/nein
Größe Waldbesitz im Saarland - privat - Fläche <i>(Ab 50 ha Besitzgröße Wald - Anlage 5.3 beifügen)</i>		ha
Größe Waldbesitz im Saarland - öffentlich - Fläche <i>(Ab 50 ha Besitzgröße Wald - Anlage 5.3 beifügen)</i>		ha
Größe FBG - Fläche <i>(Ab 50 ha Einzelbesitzgröße Wald -wenn betroffen Anlage 5.3 beifügen)</i>		ha
Größe FBG - Anzahl der Mitglieder		Zahl

5. Beizufügende Anlagen/Informationen

verbindlich

- 5.1 Für jedes Projekt die Darstellung der beantragten Fläche/n mit den Flurstücken in einer Karte. Erkennbar müssen die forstlichen Flurstücks- und Projektgrenzen sein sowie die Flurstücksnummeration.

wenn zutreffend, ist grundsätzlich jedem Antrag beizulegen

- 5.2 bei Beantragung der Mehrwertsteuer als förderfähige Kosten ein Nachweis zur Nicht-Vorsteuerabzugsberechtigung (Anlage: Erklärung für MwSt-Förderung)
- 5.3 ab 50 ha Waldbesitz im Saarland - Nachweis des Vorhandenseins eines Waldbewirtschaftungsplanes oder alternativ eines vereinfachten Forsteinrichtungswerkes/ einer Zertifizierung/eines Betriebsgutachtens (z.B. in Form des Deckblattes)
- 5.4 bei Pachtflächen der Pachtvertrag und die Einverständniserklärung des Eigentümers zum beantragten Vorhaben
- 5.5 Vollmacht bei mehreren Eigentümern (Erbengemeinschaft, GbR usw., vgl. 1.5)
- 5.6 Namen und Adressen aller Gesellschafter bei Personengesellschaften z.B. GbR, bzw. Namen und Adressen der Mitglieder von Erbengemeinschaften, vgl. 1.6
- 5.6.1 bei Gesellschaften der Codes KG, OHG, EG, GM, GMC, AG, UHG und UGB (gemäß Punkt 1.4, Seite 3 des Antrages) ein aktueller Registerauszug aus dem Handels- bzw. Unternehmensregister, gem. § 125a HGB. Zu beachten die Anlage "Erklärung der Gesellschafter".
- 5.7 bei Beantragungen durch Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, eine Vollmacht, sofern die Beantragung nicht durch den Vorsitzenden erfolgt
- 5.8 Vollmacht, sofern die Beantragung durch den Vertretungsberechtigten erfolgt
- 5.9 (Nur für natürliche oder juristische Personen des Privatrechts!) bei einem Investitionsvolumen ab 50.000 EURO den Nachweis über die Sicherung der Eigenanteile, z.B. durch eine Bestätigung der Hausbank über die Sicherung der Gesamtfinanzierung bzw. zur Bonität des Antragstellers (gemäß Anlage "Erklärung der Hausbank")

freiwillig

- 5.10 Eigentumsnachweis (Grundbuchauszug) bzw. Nachweis des uneingeschränkten Verfügungsrechts (Verträge, Schenkungsurkunden usw.) - Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Eigentumsnachweis bei Unklarheiten und Verdachtsfällen nachzufordern.
- 5.11 Sonstiges

--	--

6. Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften sowie zur Datenverarbeitung

Diese Erklärungen gelten für alle Anträge auf Beihilfen und Zuwendungen.

Die Bearbeitung Ihrer Anträge schließt die Nachprüfung Ihrer Angaben durch die zuständigen Stellen im Rahmen von Verwaltungs-, Vor-Ort- und Ex-post-Kontrollen gemäß den hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften ein.

Dazu werden die von Ihnen vorgelegten Nachweise und gegebenenfalls Ihre Anträge aus den Vorjahren herangezogen und zur Vermeidung unberechtigter Zahlungen Abgleiche durchgeführt.

Ihre personenbezogenen Daten aus diesem Antrag werden von der zuständigen Bewilligungsbehörde für die automatisierte Zahlbarmachung und Verbuchung sowie für die Zwecke der Rechtsvorschriften verarbeitet, die zu dem von Ihnen eingereichten Förderantrag einschlägig sind.

Zur Auszahlung übermittelt das MUV Ihre Angaben personenbezogen in dem dazu erforderlichen Umfang an die zuständige Kasse.

Zur Gewährleistung der gemäß Titel VII der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 obligatorisch durchzuführenden Begleitung und Bewertung der Fördervorhaben zur Entwicklung des ländlichen Raumes werden die hierfür erforderlichen Daten aus der Landesdatenbank an die für die Evaluierung zuständige/n öffentliche/n Stelle/n sowie gegebenenfalls an beauftragte Dritte (Berufs-, Fachverbände, Universitäten oder außeruniversitäre Forschungsinstitutionen) zur Auswertung entsprechend den Vorgaben der o. g. Verordnung weitergegeben.

6.1 Anlage Unterschrift zur Datenschutzerklärung

Ich/Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549) sowie der Durchführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet sind, die Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) nachträglich im Internet zu veröffentlichen (siehe dazu im Detail nachfolgendes Kapitel „Hinweise zur Transparenz von EU-Agrarbeihilfen“).

Mir/Uns ist bekannt, dass die von mir/uns angegebenen Daten nach § 197 Abs. 4 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch zur Feststellung der Versicherungspflicht und zum Zwecke der Beitragserhebung an den Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (als Spitzenverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Alterskassen und Krankenkassen) übermittelt werden können.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die allgemeinen Angaben gemäß den Nrn. 1.1 bis 1.6 landeseinheitlich für alle weiteren von mir/uns gestellten Anträge aus dem Geschäftsbereich des MUV genutzt werden können. Dies schließt eine Verwendung dieser Daten für Anträge im Rahmen der Antragstellung nach den Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013, 1307/2013 und 1308/2013 bzw. deren Nachfolgeverordnungen ein. Die unter Nr. 1.2 eingetragenen Angaben zu PLZ und Ort werden bei der Datenerfassung mit dem hinterlegten offiziellen Verzeichnis der Deutschen Post abgeglichen und bei Bedarf angepasst.

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass gemäß den Bestimmungen des **Saarländischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Saarländisches Datenschutzgesetz - SDSG) vom 24. März 1993 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2008 (Amtsbl. S. 293), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790)** die von mir/uns angegebenen personenbezogenen Daten elektronisch verarbeitet werden. Dies schließt ein, dass sich die zuständigen Behörden zu Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des SDSG im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag gem. § 11 BbgDSG auch anderer öffentlicher oder privater Stellen bedienen dürfen.

Ich/Wir habe/n die vorstehenden Hinweise zur Kenntnis genommen und bin/sind mit der Datenverarbeitung im Rahmen der ELER-Förderung entsprechend den vorgenannten Hinweisen einverstanden.

Ich bin/Wir sind darauf hingewiesen worden, dass

eine Auskunftspflicht nicht besteht, meine/unsere Angaben jedoch Voraussetzung für die Gewährung der von mir/uns beantragten Beihilfen sind,

ich/wir berechtigt bin/sind, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft der weiteren Verarbeitung meiner/unsere personenbezogenen Daten zu widersprechen, dann jedoch die beantragte Förderung nicht erfolgen kann,

die Angabe der Telefon- sowie ggf. der Faxnummer und e-Mail-Adresse freigestellt ist und lediglich der zuständigen Landesstelle zur Vereinfachung etwaiger Rückfragen dient.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir auf eine gesonderte Mitteilung über die Verarbeitung/Änderung/Löschung oder Verwertung der mich/uns betreffenden personenbezogenen Daten gem. § 3 Abs. 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 2 BbgDSG als Regel verzichte/n. Dies schränkt mein/unsere Auskunftsrecht gem. § 5 Abs. 1 BbgDSG nicht ein.

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass das Land Saarland bei positiv erfolgter

Beschlussfassung über die Förderung,

Bewilligung oder

Durchführung / Abschluss des Vorhabens

über mein/unsere Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert. ja nein

--	--

Ort, Datum

Name und Unterschrift des/der Antragsteller/s/in
oder des/der Vertretungsbefugten

6.2 Allgemeines

Die verspätete Einreichung von Anträgen oder von mit den Anträgen einzureichenden Unterlagen hat zur Folge, dass der Antrag erst zu einem evtl. nachfolgenden Projektauswahlverfahren berücksichtigt werden kann. Darüber hinaus kann die verspätete Einreichung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ggf. zur Ablehnung des Förderantrages führen.

Bitte teilen Sie auch nach Antragseinreichung jede Abweichung von den Antragsangaben sowie jede andere beihilferelevante Änderung der Rechts- oder Betriebsform und Betriebsverhältnisse (insbesondere bei Betriebsübergabe/-übernahme oder Änderung von Gesellschaftsverhältnissen) sofort schriftlich der zuständigen Bewilligungsbehörde mit.

Das MUV weist darauf hin, dass Zuwendungen nach § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) nur solchen Empfängern bewilligt werden dürfen, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen. Die Bewilligungsbehörde darf im Rahmen ihres Ermessens daher eine Förderung verweigern, wenn gegen den Antragsteller ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird. Bewilligungsbescheide, die bereits erlassen sind, aber noch nicht zur Auszahlung gebracht werden, sind in diesen Fällen zu widerrufen (siehe ANBest zu § 44 LHO).

6.3 Allgemeine Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin

Diese Erklärungen gelten für den gestellten Antrag und die beigefügten Anlagen!

Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben in diesem Antrag und in den mit diesem Antrag eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz - SubvG vom 29. Juli 1976, BGBl. I S. 2034, 2037) sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Absatz 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände, der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Zuwendung, die Bewilligung, die Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Zuwendung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,
- jede Landesstelle verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden, und Tatsachen, die auf eine Steuerstraftat schließen lassen, den Finanzbehörden mitzuteilen,
- ich/wir im Falle höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände innerhalb von **fünfzehn Arbeitstagen** ab dem Zeitpunkt, ab dem ich/wir hierzu in der Lage bin/sind, dies der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich melden und entsprechende Nachweise vorlegen muss/müssen.
- mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/haben, um einen den Zielen der betreffenden Förderregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken (Artikel 60 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013),
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei der Beantragung durch einen Forstwirtschaftlichen Zusammenschluss, dies auf Name und Rechnung der Mitglieder geschieht.

Ich/Wir erkläre/n, dass die Forstbetriebsgemeinschaft Ausführender des/der beantragten Vorhaben/s ist und das Mitglied eine vollständige Kopie des Zuwendungsbescheides inklusive aller darin enthaltenden Nebenbestimmungen auf Anforderung erhalten kann.

Mir/Uns ist auch bekannt, dass

- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- den zuständigen Landesstellen, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach den Verordnungen (EG) Nr. 1305/2013 und 1306/2013 sowie den dazu erlassenen Durchführungsvorschriften sowie den Prüforanen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Befugnisse das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie das Betreten und Befahren der Betriebsflächen zu gestatten ist. Darüber hinaus sind den genannten Behörden und Institutionen auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen bin ich/sind wir verpflichtet, auf meine/unsere Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die zuständigen Stellen dies verlangen. Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen diese Duldungs- und Mitwirkungspflichten als Verweigerung der Kontrolle gewertet werden können, was zur Nichtgewährung der Förderung führt,
- die Ansprüche aus dieser Antragstellung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforan die Prüfung verweigere/verweigern.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- eine Umwandlung bzw. Gründung meines/unsere Betriebes nicht der missbräuchlichen Umgehung der Bestimmungen über Begrenzungen von Beihilfezahlungen im Sinne des Subventionsgesetzes dient,
- über meinen/unsere Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde (§ 80 der Insolvenzordnung) noch vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 21 ff. der Insolvenzordnung angeordnet wurden. Mir/Uns ist bekannt, dass andernfalls meine/unsere Unterschrift unwirksam ist und nur der Insolvenzverwalter unterschriftsbefugt ist,
- mein/unsere Betrieb sich weder nach § 41 Satz 1 noch nach § 69 Abs. 3 Satz 1 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418) in Auflösung befindet.

Mir/Uns ist bekannt, dass im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsbehörde über diesen Sachstand zu informieren ist.

Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

Ich/Wir habe(n) die geltende Förderrichtlinie mit den entsprechenden Bedingungen zur Durchführung des geförderten Vorhabens und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.

Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Beihilfen und Zuwendungen Kenntnis genommen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Rechtsgrundlagen bei der zuständigen Behörde eingesehen werden können.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Verstößen gegen die Einhaltung von einschlägigen Vorschriften der EU, des Bundes oder des Landes sowie der Förderrichtlinie durch die Bewilligungsbehörde Kürzungen der Zuwendung oder Verwaltungsanktionen nach den Vorschriften der Verordnungen (EU) Nr. 640/2014 und 809/2014 in der jeweils geltenden Fassung zu prüfen und ggf. vorzunehmen sind.

Ich bin / Wir sind in der Lage, mögliche Folgelasten auch ohne weitere Förderung selbst zu tragen.

Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. Vertretungsberechtigter nach Satzung oder Gesetz) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nicht nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.

Ich/Wir bestätige(n), dass das Förderprojekt, sofern es in einem Schutzgebiet realisiert wird, dem jeweiligen Schutzziel, entsprechend der geltenden Bestimmungen nicht entgegen steht.

Ich/Wir erklären, dass für die/alle auf Seite 5 genannte/n Fläche/n diese nicht als festgelegte Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nach Saarländischem Landeswaldgesetz / Saarländisches Naturschutzgesetz bei Eingriffen in Natur- und Landschaft oder zu deren Abgeltung vorab angelegt, in Zukunft umgenutzt bzw. verwendet werden.

6.4 Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)

Alle Förderungen aufgrund dieses Antrages sind Zuwendungen nach § 44 LHO, welche nach den ANBest des Saarlandes in Verbindung mit § 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) weder abgetreten noch verpfändet werden dürfen. Abtretungen oder Verpfändungen von Ansprüchen aus diesen Vorhaben dürfen daher von den Bewilligungsbehörden nicht beachtet werden.

Das MUV weist darüber hinaus auf folgenden **Vorbehalt zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union nach der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95** hin:

- Sämtliche offenen Forderungen des Landes SAARLAND gegen einen Begünstigten aus Rückforderungen von Fördermitteln, die ganz oder teilweise aus Mitteln der Agrarfonds der Europäischen Union (d.h. EAGFL, Abteilung Garantie, EGFL oder ELER) finanziert werden, dürfen nach Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 von den Bewilligungsbehörden mit Ansprüchen des Begünstigten auf Auszahlung von Vorhaben, die ebenfalls ganz oder teilweise aus Mitteln der EU im Rahmen des EGFL oder des ELER finanziert werden, vorrangig (**erstrangig**) verrechnet/aufgerechnet werden, wenn die Rückforderung vor der Bewilligung, mit der aufgerechnet werden soll, fällig geworden ist (§§ 404, 406 BGB).
- Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gemäß Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 2988/95 in Verbindung mit Artikel 58 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 hat bei diesen Vorhaben uneingeschränkten Vorrang vor privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen Begünstigten und Gläubigern.

6.5 Hinweise zur Transparenz von EU-Beihilfen

Information der Begünstigten von Mitteln aus den Europäischen Agrarfonds (EGFL/ELER) über die Veröffentlichung von Informationen gemäß Artikel 113 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (Horizontale Verordnung):

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 verpflichtet, die Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) spätestens zum 31. Mai jeden Jahres nachträglich für das vorangegangene Jahr im Internet zu veröffentlichen.

Zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union können die Daten der Begünstigten von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Europäischen Union, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden verarbeitet werden.

Mit der Veröffentlichung der Informationen über die Begünstigten von Mitteln aus den Europäischen Agrarfonds verfolgt die Europäische Union das Ziel, die Transparenz der Verwendung von Unionsmitteln und die Öffentlichkeitswirkung und Akzeptanz der Europäischen Agrarpolitik zu verbessern sowie die Kontrolle der Verwendung der EU-Unionsmittel zu verstärken.

Die Veröffentlichungspflicht besteht für alle ab dem EU-Haushaltsjahr 2014 (Beginn: 16.10.2013) an die Begünstigten getätigten Zahlungen aus den o.g. EU-Agrarfonds.

Die Veröffentlichung enthält folgende Informationen: (--> Seite 16)

- a) den Namen der Begünstigten, und zwar
- bei natürlichen Personen Vorname und Nachname
 - den vollständigen eingetragenen Namen mit Rechtsform, sofern der Begünstigte eine juristische Person ist, die nach der Gesetzgebung des betreffenden Mitgliedstaats eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt;
 - den vollständigen eingetragenen oder anderweitig amtlich anerkannten Namen der Vereinigung, sofern der Begünstigte eine Vereinigung ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist;
- b) die Gemeinde, in der der Begünstigte wohnt oder eingetragen ist, sowie gegebenenfalls die Postleitzahl bzw. der Teil der Postleitzahl, der für die betreffende Gemeinde steht;
- c) eine Aufschlüsselung der Beträge der Zahlungen für jede aus dem EGFL und aus dem ELER finanzierte Maßnahme gemäß Artikel 57 in Verbindung mit Anhang XIII der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 sowie die Summe dieser Beträge, die jeder Begünstigte in dem betreffenden Haushaltsjahr erhalten hat;
- d) eine Beschreibung der aus dem EGFL bzw. dem ELER finanzierten Maßnahmen unter Angabe des Fonds, aus dem die Zahlungen gemäß Buchstabe c) gewährt werden und der Art und des Ziels jeder Maßnahme.

Die zu veröffentlichenden Beträge der Zahlungen für die aus dem ELER finanzierten Maßnahmen entsprechen dem Gesamtbetrag der öffentlichen Zahlungen, einschließlich des Beitrags der Europäischen Union und des nationalen Beitrags.

Ausgenommen von der Veröffentlichung des Namens sind gemäß Artikel 112 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 Begünstigte, deren Gesamtbetrag an Beihilfen aus den EU-Agrarfonds in einem Jahr gleich oder niedriger als der von dem Mitgliedstaat im Rahmen der Kleinerzeugerregelung nach Titel V der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgelegte Schwellenwert (in Deutschland: 1.250,- €) ist. In diesem Fall wird der Begünstigte durch einen Code angegeben. Sollte die Identifizierung einer natürlichen Person als Begünstigte auf Grund der unter b), c) oder d) aufgeführten Informationen infolge einer begrenzten Anzahl von in der Gemeinde wohnhaften oder eingetragenen Begünstigten dennoch möglich sein, werden – um dies zu verhindern – die Informationen unter Angabe der nächstgrößeren Verwaltungseinheit, zu der diese Gemeinde gehört, veröffentlicht.

Die Veröffentlichung zur Veröffentlichung erfolgt auf folgender rechtlicher Grundlage:

- Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549),
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59),
- Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz (AFIG),
- der Agrar- und Fischerei-Informationen-Verordnung (AFIVO)

in den jeweils geltenden Fassungen.

Die Informationen werden auf einer speziellen – vom Bund und den Ländern gemeinsam betriebenen – Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) unter der Internetadresse <https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/> und https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/agrar_hintergrund.html (Hyperlink Seitenende) von den für die Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder veröffentlicht. Sie bleiben vom Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung an zwei Jahre lang zugänglich.

Für die personenbezogenen Daten bleiben die Vorschriften der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31) in der jeweils gültigen Fassung sowie die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder unberührt. Auf die in diesen Rechtsvorschriften geregelten Datenschutzrechte und die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte bei den für die betreffenden Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder wird verwiesen.

Die Europäische Kommission hat unter ihrer zentralen Internetseite eine Website eingerichtet http://ec.europa.eu/contracts_grants/beneficiaries_de.htm, die auf die Veröffentlichungs-Internetseiten aller Mitgliedstaaten hinweist.

6.6 Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Mitfinanzierung

Ich bin / Wir sind im Rahmen dieses Vorhabens zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt**
(Nachweispflicht durch den Antragsteller –siehe beizufügende Anlage 5.2),
- berechtigt** und habe/haben dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt
(Preise ohne Umsatzsteuer),

Ich/Wir habe(n) für den gleichen Zweck (für dieses Vorhaben/Objekt) keine weiteren öffentlichen Fördermittel erhalten bzw. beantragt.

Wenn dies doch erfolgt ist, bitte hier und im Gesamtfinanzierungsplan (Seite 8) angeben:

Fördermittel in Höhe von:

 €

Jahresangabe:

Fördermittelgeber:

7. Unterschrift

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesen **Anträgen und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig** sind.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir des weiteren mein/unser Einverständnis zum Abschnitt Nr. 6.2 bis 6.6.

--	--

Ort, Datum

Name und Unterschrift des/der Antragsteller/s/in oder
des/der Vertretungsbefugten des Betriebes

Erklärung der Hausbank
(falls Investitionsvolumen über 50.000 €)

Zum Antrag von:

vom:

zum Vorhaben:

Der Antragsteller hat uns o.g. Investitionsvorhaben am

--	--	--	--	--	--	--	--

 vorgestellt.

Unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigen wir, dass uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers bezüglich der Finanzierung des Vorhabens entgegenstehen. Die Gesamtinvestition ist nach unserer Meinung als gesichert anzusehen, da:

von Seiten der Bank ein Kredit in Höhe von

€ gewährt wird.

und/oder

der Antragsteller über ein Privat-/ Geschäftsguthaben in Höhe des benötigten Betrages / Differenzbetrages* zum gesamten Investitionsvolumen benötigten Betrages von:

€ verfügt.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift
der Hausbank

* Nichtzutreffendes streichen

Erklärung der/des Forstbetriebsgemeinschaftsmitglieder/es (Genannte der letzten Spalte, Seite 5.)

Zum Antrag der FBG:

vom:

zum Vorhaben:

Die Forstbetriebsgemeinschaft ist für die Beantragung des Projektes auf meiner Fläche bevollmächtigt. Ich erkläre als Mitglied der Forstbetriebsgemeinschaft und Eigentümer der begünstigten Fläche/n mit meiner Unterschrift, dass ich für meine betreffenden Fläche/n die Pflichten des Zuwendungsbescheides übernehme, insbesondere für den Fall das die Forstbetriebsgemeinschaft diese nicht übernehmen kann/übernimmt. Mir ist bekannt, dass der Zuwendungsbescheid an die Forstbetriebsgemeinschaft ergeht und dort von mir eingesehen werden kann.

Name, Vorname

Ort

Postleitzahl

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Ort / Datum / Stempel / Rechtsverbindl. Unterschrift

Größe Waldbesitz¹⁾

Projektnummer/n gemäß
Seite 5, Spalte 1:

Name, Vorname

Ort

Postleitzahl

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Ort / Datum / Stempel / Rechtsverbindl. Unterschrift

Größe Waldbesitz¹⁾

Projektnummer/n gemäß
Seite 5, Spalte 1:

Name, Vorname

Ort

Postleitzahl

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Ort / Datum / Stempel / Rechtsverbindl. Unterschrift

Größe Waldbesitz¹⁾

Projektnummer/n gemäß
Seite 5, Spalte 1:

Name, Vorname

Ort

Postleitzahl

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Ort / Datum / Stempel / Rechtsverbindl. Unterschrift

Größe Waldbesitz¹⁾

Projektnummer/n gemäß
Seite 5, Spalte 1:

¹⁾ ab 50 ha Waldbesitz im Land SAARLAND ist ein Nachweis des Vorhandenseins eines Waldbewirtschaftungsplanes beizufügen (Anlage 5.3)

Einzelerklärung der Gesellschafter (Bei ff. Gesellschaften: KG/OHG/EG/GM/GMC/AC gem. der Seite 3.)

Zum Antrag der Firma:

vom:

zum Vorhaben:

Die Unterzeichnenden übernehmen eine Höchstbetragsbürgschaft, begrenzt auf die Höhe des beantragten/bewilligten Zuschusses, zuzüglich möglicher Zinsen, zur Sicherung der Forderungen aus dem Subventionsverhältnis, im Hinblick möglicher zukünftiger Erstattungsansprüche.

Name, Vorname

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Name, Vorname

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Name, Vorname

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Name, Vorname

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Name, Vorname

Ortsteil

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Ort / Datum

Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Erklärung für MwSt-Förderung

(Gemäß Muster, oder eigenes Formular/Schreiben des Finanzamtes)

für die Antragstellung zur Förderung unter Beteiligung von ELER-Mitteln

Zum Antrag von:

(steuerrechtlicher
Unternehmens- bzw.
Hauptwohnsitz*)

Antragsteller/in Name / Unternehmensbezeichnung

Vorname / ggf. noch Unternehmensbezeichnung

PLZ

Ort

Straße und Hausnummer

Ortsteil

Finanzamt:

Steuer-Nr.:

Steuer-Identifikations-Nr.:

Der/die oben genannte Antragsteller/in ist **nicht**
zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Diese Anlage entspricht inhaltlich der "Bescheinigung in Steuersachen" der Finanzämter.

Ort, Datum

Name / Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift
durch das Finanzamt

* bei den Rechtsformen EU, SNP, NPO, EHE und EHX von Seite 3 das Finanzamt und die Anschrift des Hauptwohnsitzes angeben.

Anlage Antragstellercode Auswahl

Rechtsform:	Code:	
Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft	EU	nat.
Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft	EU	nat.
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	GBR	nat.
Kommanditgesellschaft (KG)	KG	nat.
Offene Handelsgesellschaft (OHG)	OHG	nat.
Eingetragene Genossenschaft (e.G.)	EG	jur.
Gesellschaft mit beschr. Haftung (GmbH)	GM	jur.
GmbH & Co. KG	GMC	nat.
Aktiengesellschaft (AG)	AG	jur.
Körperschaft des öffentlichen Rechts	KOR	jur.
Sonstige juristische Person	SJP	jur.
Kirche/Religiöse Einrichtung	KIR	jur.
Sonstige natürliche Person	SNP	nat.
Öffentlich-rechtliche Stiftung	SOR	jur.
Natürliche Privatperson ohne landw. Erwerb	NPO	nat.
Eingetragener (nicht rechtsfähiger) Verein	EV	jur.
Nicht eingetragener Verein	NV	nat.
Privatrechtliche Stiftung	SPR	jur.
Anstalt des öffentlichen Rechts	AOR	jur.
Kirchen des öffentlichen Rechts	KIO	jur.
Eheleute	EHE	nat.
Eheähnliche Gemeinschaft	EHX	nat.
Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	UGH	nat.
UG (haftungsbeschränkt) & CO KG	UGB	nat.
Wirtschaftlicher Verein (z.B. Forstbetriebsgemeinschaft)	WV	jur.

Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter, Insolvenzverwalter)

Achtung: Eine Eintragung an dieser Stelle bewirkt, dass jeglicher Schriftverkehr zu Ihren Anträgen ausschließlich über diesen Vertretungsbefugten geführt wird!

(Vollmacht ist beizufügen gemäß Seite 10 Punkt 5.7 + 5.8)

Name, Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl

Ort

Ortsteil

Kommunikationsverbindungen

Tel.Nr. (mit Vorwahl)

FaxNr. (mit Vorwahl)

Mobil-TelefonNr.

e-mail-Adresse

Bei GbR und juristischen Personen ist zusätzlich die Nr. 1.6 (Seite 4) auszufüllen.

für weitere Rechtsformen:

<http://www.hi-tier.de/entwicklung/Konzept/asp/dd00009.asp?cboAnzeigeCodeset=RASSE>

Link aufrufen und dann aus dem Aufklappmenü "RE_FRM Rechtsform des Betriebes" auswählen

Informationen zu Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Gemeinsamen Fischereipol

Daten, welche an die EU gemeldet werden müssen:

- a) den Namen der Begünstigten, und zwar
- bei natürlichen Personen Vorname und Nachname
die
- die nach der Gesetzgebung des betreffenden Mitgliedstaats eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt;
- den vollständigen eingetragenen oder anderweitig amtlich anerkannten Namen der Vereinigung,
sofern der Begünstigte eine Vereinigung ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist;
- b) die Gemeinde, in der der Begünstigte wohnt oder eingetragen ist, sowie gegebenenfalls die Postleitzahl bzw. der Teil der Postleitzahl, der für die betreffende Gemeinde steht;
- c) eine Aufschlüsselung der Beträge der Zahlungen für jede aus dem EGFL und aus dem ELER finanzierte gemäß Artikel 57 in Verbindung mit Anhang XIII der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 sowie die dieser Beträge, die jeder Begünstigte in dem betreffenden Haushaltsjahr erhalten hat;
- d) eine Beschreibung der aus dem EGFL bzw. dem ELER finanzierten Maßnahmen unter Angabe des Fonds, aus die Zahlungen gemäß Buchstabe c) gewährt werden und der Art und des Ziels jeder Maßnahme.

Die zu veröffentlichenden Beträge der Zahlungen für die aus dem ELER finanzierten Maßnahmen entsprechen dem Gesamtbetrag der öffentlichen Zahlungen, einschließlich des Beitrags der Europäischen Union und des Ausgenommen von der Veröffentlichung des Namens sind gemäß Artikel 112 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 Begünstigte, deren Gesamtbetrag an Beihilfen aus den EU-Agrarfonds in einem Jahr gleich oder niedriger als der von dem Mitgliedstaat im Rahmen der Kleinerzeugerregelung nach Titel V der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgelegte Schwellenwert (in Deutschland: 1.250,- €) ist. In diesem Fall wird der Begünstigte durch einen Code angegeben. Sollte die Identifizierung einer natürlichen Person als Begünstigte auf Grund der unter b), c) oder d) aufgeführten Informationen infolge einer begrenzten Anzahl von in der Gemeinde wohnhaften oder eingetragenen Begünstigten dennoch möglich sein, werden – um dies zu verhindern – die Informationen unter Angabe der nächstgrößeren Verwaltungseinheit, zu der diese Gemeinde gehört, veröffentlicht.

Die Veröffentlichung erfolgt auf folgender rechtlicher Grundlage:

Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549),

-Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59),

-Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz (AFIG),

-der Agrar- und Fischerei-Informationen-Verordnung (AFIVO)

in den jeweils geltenden Fassungen.

Die Informationen werden auf einer speziellen – vom Bund und den Ländern gemeinsam betriebenen – Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) unter der Internetadresse

<https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/> und

https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/agrar_hintergrund.html (Hyperlink Seitenende) von den für die Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder veröffentlicht. Sie bleiben vom Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung an zwei Jahre lang zugänglich.

Für die personenbezogenen Daten bleiben die Vorschriften der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Abl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31) in der jeweils gültigen Fassung sowie die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder unberührt. Auf die in diesen Rechtsvorschriften geregelten Datenschutzrechte und die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte bei den für die betreffenden Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder wird verwiesen.

Die Europäische Kommission hat unter ihrer zentralen Internetseite eine Website eingerichtet

http://ec.europa.eu/contracts_grants/beneficiaries_de.htm, die auf die Veröffentlichungs-Internetseiten aller Mitgliedstaaten hinweist.

<https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/>

litik.